

«Forschungspolitische Früherkennung (FER)» des Schweizerischen Wissenschaftsrates, das u.a. auf Forschungsbedürfnisse hinzuweisen hat, sind die zu lösenden Probleme zu identifizieren, wie sie beispielsweise durch die Fortschritte der Technologie ausgelöst werden. Verschiedene der Nationalen Forschungsprogramme (NFP) leisten einen Beitrag zur Technologiefolgen-Abschätzung, etwa das NFP 15 «Arbeitswelt: Humanisierung und technologische Entwicklung». Handlungsszenarien und die Wirkung von Massnahmen, etwa eines Ausstiegs aus der Kernenergie, werden durch fallweise eingesetzte Kommissionen von Experten und Interessenvertretern à fond untersucht. Die Technologiefolgen-Abschätzung entwickelt sich auch im Ausland, und ihre Resultate sind von uns miteinzubeziehen, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden und durch Harmonisierung von Beurteilungskriterien (z. B. Grenzwerte) der Unsicherheit in der Bevölkerung zu begegnen. Alle Departemente müssen die Entwicklungen verfolgen, um für die Tätigkeit in den eigenen Ressorts über die nötigen Grundlagen zu verfügen. Es ist deshalb ein wichtiges Anliegen, dass die Bundesstellen den Blick vermehrt auf die Zukunft und deren Probleme richten und die Ressortforschung verstärken.

Für einen Ausbau der Technologiefolgen-Abschätzung müssten nicht notwendigerweise neue Organe institutionalisiert werden. Der Bundesrat will auch prüfen, ob nicht die Bundesstellen, aufbauend auf Vorarbeiten von FER und NFP und unter Berücksichtigung von Resultaten im Ausland, im Rahmen ihrer intensivierten Ressortforschung sektoriell vertiefte Analysen über anstehende, auch technologiebedingte Probleme und über mögliche Massnahmen durchzuführen vermögen. Dies hätte den Vorteil, dass die Untersuchungen im engeren Kontakt mit jenen Stellen durchgeführt würden, welche für Massnahmen verantwortlich sind. Ein solches dezentrales Vorgehen, bei welchem die Uebersicht, Koordination und ganzheitliche Betrachtung sicherzustellen sind, erscheint mindestens ebenso prüfenswert wie die Schaffung neuer Organe. Der Bundesrat sollte deshalb nicht zum vornherein auf die Schaffung einer neuen zentralisierten Institution für Technologiefolgen-Abschätzung festgelegt werden.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 18. Februar 1987

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 18 février 1987

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Braunschweig: Aus drei Gründen stimme ich der Umwandlung meiner Motion in ein Postulat betreffend Technologiefolgen-Abschätzung zu:

Erstens ist man in der letzten halben Stunde der Legislaturperiode immer sehr versöhnlich gestimmt.

Zweitens haben wir die aufgeworfene Frage in konkreter Weise in dieser Session zweimal berührt, als es um die Geschäfte «Technische Zusammenarbeit in Europa» und «Europäisches Laboratorium für Synchrotron-Strahlung» ging. Von daher glaube ich, die Einsicht sei weit verbreitet, wir müssen der Motion grosse Bedeutung zumessen.

Drittens hat der Bundesrat ebenfalls vermehrte Aufmerksamkeit zugesichert. Wahrscheinlich ist auch die Einsicht grösser geworden, dass die bisherige forschungspolitische Früherkennung zwar ein guter Anfang, aber für die Zukunft ungenügend ist und dass es deshalb im Sinne meiner Motion weitere Einrichtungen braucht.

Ueberrwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

86.144

Motion Rechsteiner

Katastrophenschutz. Informationsrecht

Protection contre les catastrophes.

Droit à l'information

Wortlaut der Motion vom 11. Dezember 1986

Der Bundesrat wird eingeladen, den eidgenössischen Räten eine Revision bzw. Ergänzung der Gesetzgebung (USG, ArG etc.) vorzulegen, die

– hinsichtlich der Lagerung und Verwendung von Stoffen, die den Menschen oder seine natürliche Umwelt bei ausserordentlichen Ereignissen schwer schädigen können, eine Melde- und Informationspflicht einführt, wobei der Betreiber der Anlage eine Risiko-Analyse vorlegen und die zum Katastrophenschutz vorgesehenen Massnahmen beschreiben muss;

– den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Organisationen sowie der Bevölkerung Informationsrechte einräumt;

– das Fabrikations- und Geschäftsgeheimnis sowie das Amtsgeheimnis einschränkt, soweit es um Stoffe geht, die den Menschen und seine natürliche Umwelt bei ausserordentlichen Ereignissen schwer schädigen können.

Texte de la motion du 11 décembre 1986

Le Conseil fédéral est chargé de soumettre aux Chambres fédérales une proposition tendant à réviser ou à compléter la législation (loi sur la protection de l'environnement, loi sur le travail, etc.);

– La modification en question devra prévoir, pour ce qui est de l'entreposage et de l'utilisation de substances qui – lors d'événements extraordinaires – peuvent gravement porter atteinte à l'être humain ou à son milieu naturel, une obligation de signaler et d'informer; en l'occurrence, l'exploitant ou utilisateur de l'installation devra fournir une analyse de risque et décrire les mesures envisagées dans le dessein de se prémunir contre la catastrophe;

– La modification devra conférer des droits à l'information aux travailleuses et travailleurs concernés et à leurs organisations professionnelles, de même qu'à la population directement touchée;

– Elle devra limiter le secret de fabrication et des affaires, de même que le secret officiel (de fonction), pour autant qu'il s'agisse de produits qui peuvent, dans des circonstances données ou au gré d'événements extraordinaires, porter gravement atteinte et à l'être humain, et à son milieu ambiant.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Ammann-St. Gallen, Borel, Braunschweig, Bundi, Christinat, Euler, Fankhauser, Friedli, Gloor, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Meyer-Bern, Morf, Nauer, Neukomm, Pitteloud, Reimann, Renschler, Ruffy, Stamm Walter, Stappung, Uchtenhagen, Vannay, Wagner, Weber-Arbon (25)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Motionär verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 9. März 1987

Rapport écrit du Conseil fédéral du 9 mars 1987

Im Zusammenhang mit der Brandkatastrophe von Schweizerhalle vom 1. November 1986 sind dem Bundesrat zahlreiche Motionen eingereicht worden. Sie betreffen Fragen der Information und Auskunftspflicht, die Vorschriften über umweltgefährdende Stoffe, den Katastrophenschutz, die Aufsicht des Bundes sowie Probleme der Haftpflicht und des Strafrechts.

Alle diese Themen bilden zur Zeit Gegenstand eingehender Abklärungen. So haben erste Gespräche über Aufgabenteilung und Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen mit Fachstellen aller Kantone und mit Regierungsvertretern beider Basel bereits stattgefunden. Die eigentlichen Arbeiten werden jedoch von einer Kommission zu leisten sein, die der Bundesrat eingesetzt hat mit dem Auftrag, eine Störfall-Verordnung auszuarbeiten. Aus diesem Grund verfügt der Bundesrat noch nicht über die nötigen Grundlagen, um sich zu den Anliegen der Motion im Detail zu äussern. Er erklärt sich aber bereit, diese Anliegen zu prüfen und das Parlament laufend über die Ergebnisse zu orientieren. Die noch ausstehende Beantwortung von Einfachen Anfragen und Interpellationen, die ebenfalls zur Brandkatastrophe von Schweizerhalle eingereicht worden sind, wird dabei dem Bundesrat die Möglichkeit gegeben, über den Stand der Arbeiten zu berichten.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates
Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Ueberwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

86.148

Motion Euler

Umweltschutzgesetz. Meldepflicht und Information der Öffentlichkeit

Protection de l'environnement.

Obligation de renseigner et information du public

Wortlaut der Motion vom 15. Dezember 1986

Die Chemiekatastrophe von Schweizerhalle hat drastisch vor Augen geführt, dass eine Selbstkontrolle der Unternehmer nach Artikel 26 USG nicht genügt. Voraussetzung für eine wirksame staatliche Aufsicht und Kontrolle ist die umfassende Meldepflicht über die industriellen Tätigkeiten. Mehr als berechtigt ist die Empörung der betroffenen Bevölkerung über die fehlende Information der Verantwortlichen. Umfang und Folgen der Chemie-Katastrophe sind so im dunkeln gelassen worden. Die Bevölkerung muss aber selbst entscheiden können, mit welchen Risiken sie zu leben bereit ist.

Der Bundesrat wird daher beauftragt, den eidgenössischen Räten umgehend eine Ergänzung des Umweltschutzgesetzes vorzulegen, die

– gemäss den EG-Seveso-Richtlinien die Auskunftspflicht der Unternehmer nach Artikel 46 USG in eine Meldepflicht umwandelt. Die Meldepflicht sollte für Produktion, Lagerung und Transport chemischer Stoffe u.a. die Umweltverträglichkeit, lückenloses Inventar gefährlicher Stoffe, Verfahrens-Muster und Oeko-Bilanzen beinhalten;

– die Information der Öffentlichkeit durch die Behörden, bisher in Artikel 47 USG als Kann-Vorschrift geregelt, über die möglichen Risiken der industriellen Tätigkeit und die zu treffenden Massnahmen zum Schutz von Mensch und Umwelt sicherstellt.

Texte de la motion du 15 décembre 1986

La récente catastrophe de Schweizerhalle a montré de manière tragique que le contrôle autonome exercé par le fabricant ou l'importateur, dont il est question à l'article 26 LPE, ne suffit pas. La condition *sine qua non* d'une surveillance et d'un contrôle efficaces par les soins de l'Etat est l'obligation de renseigner sur les activités industrielles.

La colère de la population touchée par l'accident, provoquée par l'absence d'information de la part des responsables, se justifie entièrement. On a ainsi laissé dans l'ombre la protée et les conséquences de la catastrophe. Or, la population doit pouvoir choisir elle-même les risques qu'elle est prête à assumer.

Dans ces conditions, le Conseil fédéral est chargé de présenter au plus tôt aux conseils législatifs un texte complétant la loi sur la protection de l'environnement qui – conformément aux directives édictées par les Communautés européennes après la catastrophe de Seveso, transforme l'obligation de renseigner sur demande mentionnée à l'article 46 LPE en une obligation de renseigner spontanément. Celle-ci devrait, en ce qui concerne la production, l'entreposage et le transport de substances chimiques, comprendre des indications relatives à l'impact sur l'environnement, un inventaire complet des matières dangereuses, des exemples de procédure et des bilans écologiques; – garantisse l'information du public par les autorités – jusqu'ici réglementée à l'article 47 LPE sous forme de disposition potestative – sur les risques de l'activité industrielle et sur les mesures à prendre pour protéger l'homme et l'environnement.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Ammann-St. Gallen, Bircher, Borel, Braunschweig, Christinat, Fankhauser, Friedli, Gloor, Lanz, Nauer, Pitteloud, Rechsteiner, Renschler, Ruffy, Stappung, Uchtenhagen, Vannay, Zehnder (18)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Motionär verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 9. März 1987

Rapport écrit du Conseil fédéral du 9 mars 1987

Im Zusammenhang mit der Brandkatastrophe von Schweizerhalle vom 1. November 1986 sind dem Bundesrat zahlreiche Motionen eingereicht worden. Sie betreffen Fragen der Information und Auskunftspflicht, die Vorschriften über umweltgefährdende Stoffe, den Katastrophenschutz, die Aufsicht des Bundes sowie Probleme der Haftpflicht und des Strafrechts.

Alle diese Themen bilden zurzeit Gegenstand eingehender Abklärungen. So haben erste Gespräche über Aufgabenteilung und Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen mit Fachstellen aller Kantone und mit Regierungsvertretern beider Basel bereits stattgefunden. Die eigentlichen Arbeiten werden jedoch von einer Kommission zu leisten sein, die der Bundesrat demnächst einsetzen wird mit dem Auftrag, eine Störfall-Verordnung auszuarbeiten. Aus diesem Grund verfügt der Bundesrat noch nicht über die nötigen Grundlagen, um sich zu den Anliegen der Motionen im Detail zu äussern. Er erklärt sich aber bereit, diese Anliegen zu prüfen und das Parlament laufend über die Ergebnisse zu orientieren. Die noch ausstehende Beantwortung von Einfachen Anfragen und Interpellationen, die ebenfalls zur Brandkatastrophe von Schweizerhalle eingereicht worden sind, wird dabei dem Bundesrat die Möglichkeit geben, über den Stand der Arbeiten zu berichten.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates
Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Ueberwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

Motion Rechsteiner Katastrophenschutz. Informationsrecht

Motion Rechsteiner Protection contre les catastrophes. Droit à l'information

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1987
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	14
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.144
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	09.10.1987 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1433-1434
Page	
Pagina	
Ref. No	20 015 754

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.